

Regionalpolitik in der Schweiz: der lange Marsch vom Berg in die Stadt

Alain Thierstein

„Das Jammern der Berggebietspolitiker kennen wir zur genüge!“ und „das Berggebiet ist wieder auf Betteltour“, so klang es noch vor nicht allzu langer Zeit im Bundesparlament in Bern. Doch die Zeiten ändern sich. Regionalpolitik wandelt sich zu einer Politik für alle Regionen. Regionalpolitik soll das ganze Land im Blick behalten und nicht bloss einige strukturschwache Gebiete. Wie ist dieser Wandel zu verstehen?

Das Kernstück der Schweizer Regionalpolitik ist das Investitionshilfe-Gesetz für das Berggebiet (IHG). Es stammt aus dem Jahre 1974 und ist damit ein Jahr früher als der Europäische Entwicklungsfonds EFRE an den Start gegangen. Seit 1998 trägt das IHG ein anderes Gesicht. Früher stand die Förderung der Grundversorgung der Bevölkerung im Zentrum, neu ist es die Infrastruktur der Entwicklung – Standort attraktiver gestalten, Unternehmungen ansiedeln und touristische Infrastruktur aufbauen. Das IHG zielt nicht mehr direkt darauf ab, Ungleichgewichte abzubauen. Die Bevölkerung der Berggebiete soll an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Die Regionen werden als Wohn- und Lebensraum aufgewertet.

Ein Blick zurück offenbart Glanzlichter des IHG. Unter den rund 6'800 Projekten finden sich zum Beispiel neue Bildungsstätten, verbesserte Erschliessung von Gemeinden durch den öffentlichen und privaten Verkehr oder zahlreiche Dörfer konnten ihren letzten Laden erhalten und somit die Nahversorgung sichern. Doch hinter diesen Fakten steckt mehr. Das Berggebiet hat sich im Rahmen des IHG in 54 Kleinregionen organisiert, jede mit einem eigenen Entwicklungsleitbild. Das hat ein neues regionales Selbstbewusstsein aufgebaut.

Jede erfolgreiche Politik kommt in die Jahre. Die Reform des IHG ist ein Spiegelbild der Schweiz. Öffnung, Zusammenarbeit, effizienterer Mitteleinsatz sind die Stichworte. Traditionell hat sich die Regionalpolitik der Schweiz an einem Zielsechseck orientiert: Regionaler Ausgleich, wirtschaftliche Stabilität, gesamtwirtschaftlicher Wohlstand, Landschafts- und Umweltschutz, politische und soziokulturelle Eigenständigkeit und Vielfalt der Regionen sowie Stärkung des Föderalismus.

Die neunziger Jahre brachten der Schweiz eine nie gekannte Wirtschaftsrezession. Die ‚Neuorientierung der Regionalpolitik‘ des Bundes umschreibt 1996 die neue Leitvorstellung mit „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und einer nachhaltigen Entwicklung in den Teilräumen und die Erhaltung der dezentralen Wohnortqualität“. Dies klingt vertraut und ist doch neu. Das entscheidende Spiel für die Regionen wird indes ganz anderswo gespielt. Raumwirksame Politikbereiche wie Verkehr, Landwirtschaft, Energie oder Siedlungsentwicklung üben über ihre Investitionsentscheide ein Mehrfaches an Wirkung auf die regionalen

Ungleichgewichte aus als die bescheidenen Finanzmittel der landesweiten Regionalpolitik.

Die Neuorientierung der Regionalpolitik wurde durch unterschiedliche Faktoren angestoßen. Die WTO-Vereinbarungen brachten grossen Druck auf die vom Ausland abgeschottete Landwirtschaft, mit besonders gravierenden Einschnitten für die Berglandwirtschaft. Die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens trifft die gewerblichen Bauunternehmen im ländlichen Raum. Das Nein des Schweizer Volkes 1992 zum EWR-Vertrag zwingt den Bundesrat zu kleinen Schritten der regionalen Integration. Die Beteiligung an der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG ermöglicht es den Schweizer Grenzregionen, sich vermehrt mit ihren unmittelbaren Nachbarn einzulassen.

Im Landesinnern sichert ein neues Landwirtschaftsgesetz die durch die WTO erzwungene Öffnung der Agrarmärkte. Zur Kompensation der Einkommensausfälle werden Direktzahlungen für ökologische Leistungen ausgerichtet. Damit soll auch die Berglandwirtschaft mit ihrer multifunktionalen Aufgabe ein Überleben finden. Denn eines ist klar: ohne gepflegte Kulturlandschaften keine attraktive Bergwelt, kein Winter- und Sommertourismus, kein Auskommen für die Bevölkerung, Abwanderung.

Die Schweiz konzipiert ein dem europäischen LEADER-Programm entsprechendes Förderinstrument, um den Strukturwandel im ländlichen Raum und im Berggebiet zu unterstützen. Die neue Förderphilosophie äussert sich durch: Zusammenarbeit von Privaten und öffentlicher Hand; branchenübergreifende Netzwerke und innovative Konzepte statt ‚harte‘ Infrastruktur; Anschubfinanzierung statt Dauersubventionen. Zudem setzt die europaweit in Gang gekommene Liberalisierung von leitungs- und schienengebundenen Infrastrukturen die Schweiz unter Zugzwang. Post, Bahn, Elektrizität, Telekom, Bildung und anderes mehr müssen sich dem Markt stellen. Die flächendeckende Versorgung mit öffentlich angebotenen Dienstleistungen gerät unter Druck. Notwendig gewordene Preisdifferenzierungen benachteiligen periphere und strukturschwache Gebiete.

Entwicklung ist ohne Mentalitätsgeschichte nicht zu verstehen. Regionalpolitik ist im Konzert der Sektoralpolitiken ein Nebenschauplatz. Derweil Jammern und Stöhnen über die Benachteiligungen eine Zeitlang helfen mag, nützt auf die Dauer nur ein integrales Politikverständnis. Und so steigt die Regionalpolitik allmählich vom Berg herab und entdeckt überrascht, dass über zwei Drittel der Bevölkerung, der Arbeitsplätze und des Sozialprodukts in städtischen Gebieten daheim sind. Die Wahrnehmung von Regierung und Parlament war aber bis vor kurzem von der eigenen Sozialisation geprägt. Urban geprägte Lebenserfahrungen von Magistraten sind Mangelware, Verständnis für Themen wie dem internationalen Standortwettbewerb von Städten oder der Innovations- und Gründerförderung ebenso.

Die Realität des Wirtschafts- und Lebensraumes Schweiz hat sich von der Land-Schweiz zur Stadt-Schweiz gewandelt. Im Kopf hingegen stehen Fahnschwinger und Alphornbläser stämmig vor Bergkulissen. Aber heute

erklingt das Alphorn auch in Strassenzügen von Zürich, Basel oder Genf. Die Schweizer Regionalpolitik ist im Aufbruch, sie kann jedoch nur soviel leisten, wie die es übrige Politik zulässt: der Umschwung beginnt tatsächlich im Kopf.